



**Protokoll der 28. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 19. März 2014, Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Christoph Regli

Namensaufruf: 35 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderatsmitglieder Lukas Hefti, Ralph Hobor, Matthias Hotz, Stefan Zahn

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

- - -

Traktanden

- 151 Mitteilungen
- 152 Protokolle der Sitzungen vom 11. Dezember 2013 und 15. Januar 2014
- 153 Ersatzwahl eines Mitglieds des Büros des Gemeinderats für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015
(Nachfolge von Katrin Wetli, Fraktion CVP/EVP)
- 154 Interpellation betreffend "Ersatz Atomstrom ab 2015" von Gemeinderat Jürg Joss, ev. Diskussion

- - -

Der Ratspräsident: Sehr geehrter Herr Stadtammann, Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse Sie alle herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung.

Vorweg wieder einige an mich herangetragene good News – Dinge, die in aller Selbstverständlichkeit geschehen, aber eigentlich ein spezielles Lob verdienen würden.

- Drei Punkte zum Thema Jugendliche und Kinder: In Frauenfeld wurde für die Region eine Jugendfeuerwehr gegründet. Die Aktivsportwoche der Stadt Frauenfeld war nicht nur ein tolles Angebot, sondern wurde auch rege genützt. Und für die Stadt Frauenfeld wurde ein Kinderrat gegründet. Auf Letzteres werden wir am Ende der Sitzung noch zurückkommen.
- Eine grosse Zahl von Gemeinderäten hat am Gemeinderatsausflug teilgenommen und somit die Chance genutzt, politische Freunde und insbesondere Gegner auch einmal ausserhalb dieses Raums zu treffen, was sicher auch einen Beitrag zum Miteinander darstellen kann. Ein bisschen Wettkampf darf dabei ja auch noch vorkommen.
- Im Quartalsmonitor einer Grossbank schaffte es Frauenfeld betreffend Stau zu einem uns bekannten, aber bedauerlichen roten Punkt auf der Titelseite, aber unter den top 20 sind wir zum Glück noch nicht.
- Gleich zwei Firmen, die in Frauenfeld angesiedelt sind, haben sich medial sehr prominent präsentiert. Die neu angesiedelte Sky-Frame hat mit den rahmenlosen Schiebefenstern den Ostschweizer Unternehmerpreis gewonnen.
Die Handelszeitung schwärmt in grossen Lettern "für Songwon ist Frauenfeld zentral" und "im Hauptort schlägt das Herz des internationalen Geschäfts einer interessanten Spezialchemiegruppe, da wesentliche Teile der Mobilisierung von Frauenfeld aus gelenkt worden seien".

Heute werden wir aber vor allem etwas über das Thema "Ersatz Atomstrom 2015" hören und allenfalls diskutieren. Sie haben sich vielleicht gewundert, dass die heutige Sitzung trotz der geringen Traktanden stattfindet. Bei einer Interpellation sind wir aber an die Frist gebunden. Zudem wird der Interpellant an der Aprilsitzung, sofern diese stattfindet, leider nicht anwesend sein.

Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 22 vom 28. Januar 2014 die Demission von Gemeinderätin Katrin Wetli genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet. Die Ersatzwahl ist noch nicht geregelt. Somit gibt es derzeit ausnahmsweise nur 39 Mitglieder des Gemeinderats.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 35 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt. Seitens des Rats liegen dazu keine Bemerkungen vor und somit gilt die heutige Tagesordnung als stillschweigend genehmigt.

151

MITTEILUNGEN**151.1 Abstimmungswochenende im Februar**

Am Abstimmungswochenende vom 9. Februar 2014 hat das Frauenfelder Stimmvolk bei einer enorm hohen Stimmbeteiligung von 51,7 Prozent sowohl der Umsetzung des Stadtbuskonzepts 2014 als auch der definitiven Einführung der Linie 5 ins Juch mit jeweils mehr als 74 Prozent Ja-Anteilen deutlich zugestimmt.

151.2 Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung zirkuliert eine Motion von Gemeinderat Philipp Geuggis betreffend "Tagesparkieren in den Quartieren".

Ich werde die Motion im Anschluss an die Sitzung an den Stadtrat zur Beantwortung überweisen.

Es sind drei einfache Anfragen eingegangen:

- Von Gemeinderat Peter Hausammann mit den Mitunterzeichnenden Heinrich Christ, Sandra Kern, Mario Weber und Benjamin Stricker. Hier geht es um die Wohnsituation und Wohnbaupolitik in Frauenfeld.
- Bei der Zweiten, von Gemeinderat Stefan Leuthold, geht es um die Frage: Wer profitiert von Smart Metering?
- Weiter liegt eine einfache Anfrage von Kurt. F. Sieber zum Thema Nordumfahrung vor.

Der Eingang der Anfragen ist somit bestätigt. Ich überweise sie an den Stadtrat zur Bearbeitung. Dieser hat den Auftrag, innerhalb von drei Monaten eine schriftliche Antwort zu geben.

151.3 Demission aus dem Gemeinderat

Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 22 vom 28. Januar 2014 die Demission von Gemeinderätin Katrin Wetli per Ende Februar 2014 genehmigt und das Ersatzwahlverfahren eingeleitet. Die verdiente Würdigung kann leider erst jetzt in ihrer Abwesenheit erfolgen, da die Februarsitzung ja bekanntlich ausgefallen ist. Sie ist am 1. September 2008 als Nachfolgerin von Gemeinderat Ruedi Fuchs in unseren Rat eingetreten. Sie hat somit fünfeinhalb Jahre diesem Rat angehört. Die letzten fünf Jahre war sie auch Mitglied des Büros. Sie war in den Spezialkommissionen für die Teilrevision der GO und das Geschäftsreglement sowie für das Einbürgerungsreglement. Seit dreieinhalb Jahren ist sie Mitglied der Kommission für Kinderbetreuung, seit 2011 KVA-Delegierte und seit dem letzten Jahr in der damals neugegründeten Spezialkommission Frauenfeld 2030. Sie hat sich also in diversen Bereichen für unsere Stadt eingesetzt und dafür gebührt ihr ein herzliches Dankeschön. Ich denke, das ist auch in ihrer Abwesenheit einen Applaus wert.

151.4 Diverses

1. Die neue Sitzordnung wird an der Aprilsitzung verteilt.
2. Zwei Referendumsfristen sind ungenutzt abgelaufen, nämlich für den Voranschlag und für das Preisreglement des Alterszentrums Park.

3. Zu zwei einfachen Anfragen:
 - 3.1. Die im Januar eingereichte einfache Anfrage von Gemeinderat Stefan Geiges zur Beteiligung der Werkbetriebe an den Aktiengesellschaften hat der Stadtrat mit Beschluss Nr. 69 vom 25. Februar 2014 beantwortet.
 - 3.2. Die am 19. November von Benjamin Stricker eingereichte Anfrage zur Umsetzung der Naturgefahrenkarte in der Stadt Frauenfeld hat der Stadtrat mit Beschluss Nr. 79 vom 11. März 2014 ebenfalls beantwortet.
4. Die Termine für die GPKs für den Vorschlag 2015 folgen baldmöglichst.
5. Zur Namensnennung der im Rat Sprechenden: Ich erteile ja jeweils dem Sprechenden das Wort und werde mich bemühen, den Namen deutlich zu nennen. Es ist dann nicht nötig, dass jeder Sprechende seinen Namen nochmals wiederholt.

151.5 Fraktionserklärung

Gemeinderat Stefan Geiges: Ich habe eine Fraktionserklärung der CVP/EVP-Fraktion gemäss Art. 36 des Geschäftsreglements zum Thema "Keine Stadtentlastung Frauenfeld ohne Beitrag vom Bund". Am 6. März 2014 haben Stadtrat und Kanton uns via Pressemitteilung informiert, dass der Bundesrat 2015 kein Geld für die geplante Stadtentlastung bezahlen will. Der Bund ist der Auffassung, dass die Kosten im Vergleich zur erwarteten Wirkung zu hoch sind. Der Kanton und die Stadt Frauenfeld wollen jetzt eine kleinräumigere Variante prüfen, also quasi eine F21+ und Lenkungsmassnahmen auf der Kantonsstrasse und im Stadtzentrum vorziehen. Die CVP/EVP-Fraktion hat den Stadtrat in seiner Stossrichtung immer unterstützt, auch wenn wir immer eigene Ideen hatten. Aber die Geschichte hat uns Recht gegeben – worüber wir auch nicht glücklich sind – dass der Stadtrat auf eine von uns geforderte rechtzeitige Volksabstimmung für die Entlastungsstrasse für das Messenriet und Aumühle verzichtet hat. In der Bevölkerungsumfrage haben sich rund drei Viertel für die Tunnelvariante ausgesprochen. Aber die Hälfte sagte, sie sei wegen der hohen Kosten gegen dieses Projekt.

Ich komme zum Punkt: Wir erwarten vom Stadtrat, dass die Planerei nicht wieder bei null losgeht, sondern dass man alles prüft, was als Variante zum Tunnel aufgezeichnet worden ist. Sei das die Einbahnvariante, F21+ oder wie auch immer man sie nennen will. Zweitens erwarten wir, dass der Gemeinderat einen Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten inklusive der Kosten erarbeitet. Und drittens erwarten wir, dass das Volk an der Urne zu diesem Thema befragt wird. Als vierter Punkt sollte der Stadtrat in Erwägung ziehen, dass auch die Frauenfelderinnen und Frauenfelder über die geplanten Lenkungsmassnahmen abstimmen können. Im Namen der CVP/EVP-Fraktion danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

152

PROTOKOLL DER SITZUNGEN VOM 11. DEZEMBER 2013 UND 15. JANUAR 2014

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: Es ist ein Protokollberichtigungsbegehren betreffend der Sitzung vom 11. Dezember 2013 eingegangen. Herbert Vetter stellt betreffend seines Votums auf Seite 854-855 des Protokolls natürlich zu Recht fest, dass die Finanzlage der Stadt Frauenfeld nicht die Möglichkeit hat zu sehen. Entsprechend ist das Wort "sehen" durch "aus-

sehen" zu ersetzen. Es heisst also: "Die Finanzlage der Stadt wird in den nächsten Jahren nicht viel besser aussehen, sondern eher schlechter."

Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn Sie damit einverstanden sind, gilt das Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 2013 als stillschweigend genehmigt und wird dem Ratssekretär in Abwesenheit herzlich verdankt.

Beim Protokoll der Sitzung vom 15. Januar gab es bei zwei Namen von Gemeinderäten einen Tippfehler, was wir bedauern und umgehend korrigiert haben. Wir entschuldigen uns nochmals bei den Betroffenen.

Weil keine weiteren Berichtigungsbegehren eingegangen sind, gilt auch das Protokoll der Sitzung vom 15. Januar 2014 als stillschweigend genehmigt und es wird der Ratssekretärin herzlich verdankt.

153

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DES BÜROS DES GEMEINDERATS FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

Der Ratspräsident: Es geht um die Nachfolge von Gemeinderätin Katrin Wetli, Fraktion CVP/EVP, die als Gemeinderätin per Ende Februar zurückgetreten ist. Ich erteile dem Fraktionspräsidenten der Fraktion CVP/EVP das Wort.

Gemeinderat Marcel Epper: Namens der CVP/EVP-Fraktion schlagen wir für die Nachfolge Gemeinderat Christian Wälchli vor.

Der Ratspräsident: Besten Dank. Ich hoffe, dass das im Protokoll dann auch erscheinen kann. Es wird nur noch ab Tonband protokolliert.

Vorgeschlagen wurde also Gemeinderat Christian Wälchli. Gibt es dazu Fragen, Einwände oder Gegenvorschläge? Gemäss Art. 56 Abs. 3 unseres Geschäftsreglements kann die Wahl vorliegend offen durchgeführt werden, was ich Ihnen hiermit vorschlage. Gibt es Einwände dazu?

Wer Gemeinderat Christian Wälchli wählen möchte, erhebe sich bitte von seinem Sitz. Besten Dank.

Herzliche Gratulation an Gemeinderat Christian Wälchli zur glanzvollen Wahl. Einstimmig bei seiner eigenen Enthaltung wurde er gewählt. Du bist mit sofortiger Wirkung für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 zum Mitglied des Büros des Gemeinderats gewählt worden. Ich bitte dich, hier vorne deinen neuen Platz einzunehmen.

INTERPELLATION BETREFFEND "ERSATZ ATOMSTROM AB 2015" VON GEMEINDERAT JÜRIG JOSS, STELLUNGNAHME DES INTERPELLANTEN, EVENTUELL DISKUSSION

Gemeinderatspräsident Christoph Regli: Der Interpellationstext mit Begründung befindet sich im Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2013 im Traktandum 144 auf den Seiten 864ff. Die Beantwortung mit Stadtratsbeschluss Nr. 68 vom 25. Februar 2014 haben Sie ebenfalls erhalten. Gerne erteile ich das Wort an Gemeinderat Jürg Joss für seine Stellungnahme.

Gemeinderat Jürg Joss: Ein kurzer Rückblick: Am 23. Mai 2011 reichte ich eine Motion für einen ökologischen Standardstrommix ein. Die Motion verlangte, dass der Standardmix weder Atomstrom noch solchen aus fossilen Quellen enthalten sollte. Daneben sollten die Werkbetriebe aber auch Varianten anbieten, welche Atomstrom enthalten.

Auf diese Motion reagierte der Stadtrat mit seinem Beschluss Nr. 242 vom 6. September 2011. Die Werkbetriebe schlossen mit der EKT Energie AG einen Liefervertrag für 100 Prozent Schweizer Wasserstrom auf drei Jahre ab. Dies geschah durch den Erwerb von Zertifikaten, wie auf Seite 1 des vorliegenden Stadtratsbeschlusses beschrieben. In seiner Beantwortung der Motion vom September 2011 hielt der Stadtrat fest, dass 1. Das grundsätzliche Problem der künftigen Stromversorgung mit dem Kauf der Zertifikate nicht gelöst werden könne, da schlicht zu wenig Naturstrom zur Verfügung stehe; 2. Dass der Stadtrat bestrebt sei, die lokale Produktion von erneuerbarer Energie zu erhöhen; 3. Dass der Stadtrat bestrebt sei, eine Führungsfunktion in Umweltbelangen zu übernehmen.

Ende 2013 fand ich, es sei an der Zeit, Bilanz zu ziehen über die Fortschritte auf dem Weg zur Abkehr vom Atomstrom sowie über die versprochene Steigerung der lokalen Produktion von erneuerbarem Strom. Ich reichte am 11. Dezember 2013 eine Interpellation ein, welche den Stadtrat ersuchte, die konkreten Massnahmen darzulegen, mit denen nach dem Auslaufen des Liefervertrags von 100 Prozent Schweizer Wasserkraft mit der EKT am 31. Dezember 2014 weiterhin auf Atomstrom sowie auf Strom aus fossilen Quellen zu verzichten. Die Interpellation wurde von 16 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet. Die Beantwortung, für welche ich mich an dieser Stelle bedanke, liegt nun mit dem Stadtratsbeschluss Nr. 68 vor.

Good News zuerst: Die Stadt Frauenfeld wird auch weiterhin ausschliesslich Strom aus 100 Prozent zertifizierter Schweizer Wasserkraft liefern. Entsprechende Lieferverträge sind für die Jahre 2015 und 2016 bereits unterschrieben. Das Festhalten des eingeschlagenen Wegs mit Verzicht auf Atomstrom ist wichtig. Dass Kunden, welche von der Marktliberalisierung profitieren, nicht zum Bezug von atomfreiem Strom verpflichtet sind, mag dabei ein Schönheitsfehler sein.

Andererseits wirft die Weiterführung des Zertifikathandels grundsätzliche Fragen auf. Wie bereits eingangs aus der Beantwortung der Motion von 2011 zitiert, kann laut Stadtrat das grundsätzliche Problem der künftigen Stromversorgung mit diesen Zertifikaten nicht gelöst werden, da einfach zu wenig Naturstrom zur Verfügung steht.

Dies ist also ein Eingeständnis, dass ohne bedeutende alternative Massnahmen der eingeschlagene Weg in eine Sackgasse führen muss. Durch den Kauf von Zertifikaten wird die Steigerung der Produktion von Naturstrom nicht beeinflusst. Gerade dies war jedoch ein zentrales Anliegen meiner Motion von 2011. Damals schlug ich vor, AXPO-Produkte zu bevorzugen, welche einen

Rappen pro Kilowattstunde in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren. Bezüglich der Produktion von erneuerbarem Strom ist die Antwort des Stadtrats auf meine Interpellation leider unvollständig, beziehungsweise unbefriedigend.

Zieht man im Unterkapitel Eigenproduktion von erneuerbaren Energien auf Seite 2-4 der stadträtlichen Antwort all jene Projekte ab, welche nicht mit Strom, sondern mit Wärme zu tun haben, bleibt nicht viel Konkretes übrig. Auffallend ist, dass die Photovoltaik, welche laut Energieleitplan lokal das weitaus grösste Potenzial hat, fast vollständig ausgeklammert wird. Ähnliches gilt für den Abschnitt Strom sparen. Auch hier fehlen konkrete Massnahmen, Ergebnisse und Werte. Um einen echten Beitrag zur Energiewende zu leisten und die immer wieder bekräftigte Führungsfunktion auf diesem Gebiet auch wirklich zu übernehmen, reicht dies nicht. Erst recht nicht, wenn man den Energieleitplan, welchen dieser Rat im Januar ja grösstenteils wohlwollend zur Kenntnis genommen hat und wenn man diese Visionen aus dem Energieleitplan ernst nimmt. Die stadträtliche Antwort auf meine Interpellation wirft also mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Daher beantrage ich Diskussion.

Der Ratspräsident: Gemeinderat Jürg Joss hat in seiner kurzen Schilderung festgehalten, dass er nicht befriedigt ist und eine Diskussion wünscht. Ich lasse deshalb gern darüber abstimmen, ob wir diese Diskussion gemäss Art. 44 Abs. 3 haben wollen oder nicht. Wer dafür ist, dass es eine Diskussion geben soll, erhebe sich bitte vom Sitz.

Abstimmung: Mit 33 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen haben Sie die Diskussion gewünscht. Wünscht der Interpellant erneut das Wort?

Gemeinderat Jürg Joss: Im September 2011 hat der Stadtrat meine Motion vom Mai 2011 mehr als nur erfüllt. Während ich in meiner Motion den Atomstrom lediglich aus dem Standardmix verbannen wollte, beschloss der Stadtrat, gar keinen Atomstrom mehr zu liefern, und versprach, Zitat: "Man werde bestrebt sein, in Frauenfeld künftig überhaupt keinen Atomstrom mehr anzubieten". Mit der Weiterführung der Versorgung aus 100 Prozent zertifizierter Wasserkraft für die Jahre 2015 und 2016 geht Frauenfeld diesen Weg konsequent weiter. Dies ist richtig so.

Ein weiteres Anliegen meiner Motion von 2011 war, die Steigerung der Produktion von erneuerbarem Strom zu fördern. Auch hier hat der Stadtrat in der damaligen Antwort ein positives Bekenntnis abgelegt. Während die ersten Schritte ermutigend ausfielen, sind diesbezüglich die städtischen Aktivitäten stark abgeflacht. Manche würden sogar sagen, sie sind so gut wie zum Erliegen gekommen.

Mit der Beteiligung der Swisspower Renewables, deren Ziel es war, sich aus Überzeugung an Anlagen erneuerbarer Elektrizität im In- und Ausland zu beteiligen, wurde ein mutiger Schritt in die richtige Richtung gemacht. Das Projekt fiel an der Urne gegen ein Nein-Mehr von 2 Stimmen durch. Dumm gelaufen, kann man sagen. Allerdings stellt sich die Frage, warum sucht die Stadt nach diesem Zufallsnein nicht weiter nach Möglichkeiten, sich an solchen Produktionsanlagen im Inland zu beteiligen? Offensichtlich hatte bei den Neinsagern eine wichtige Rolle gespielt, dass das erste Investitionsprojekt im Ausland war. So waren denn auch viele Abstimmungsvoten gegen die Investitionen im Ausland gerichtet. Es ist klar, dass die Möglichkeiten beschränkt sind, unseren Strombedarf durch lokale Produktion zu decken. Warum also nicht in Wasser-, Wind- und Solaranlagen im Inland investieren? Die Technologien sind ja ausgereift, investiertes Geld wäre kein Risikokapital. Zudem würde effektiv etwas getan für die Energiewende und gegen

den Engpass bei der Versorgung mit Naturstrom. Zudem wären solche Investitionen auch im Einklang mit dem kürzlich verabschiedeten Richtplan Energie. Laut diesem Richtplan ist es nicht möglich, den Frauenfelder Strombedarf durch lokale Produktion zu decken. Deshalb sind sowohl der Einkauf von Strom als auch die Beteiligung an Produktionsanlagen im Inland nötig. Der Richtplan sieht jedoch eine gewisse realistische lokale Stromproduktion vor. Das Zwischenziel bis 2025 ist ein Zubau von 20 Gigawattstunden lokalem, erneuerbarem Strom anzustreben. Das weitaus grösste Potenzial wird aber dem Solarstrom zugemessen. Angesichts der dem Bericht zugrunde liegenden Zahlen und der Tatsache, dass die Technologie bereitsteht, fragt man sich, wozu man hier erst im Jahr 2016 ein Konzept erstellen und dieses dann erst 2017 umsetzen will.

Leider scheint es offenbar bei den Werkbetrieben und beim Stadtrat bei der Photovoltaik Berührungängste oder gar Abneigung zu geben. Ohne Druck geschieht nichts. So wurde der Bau der Photovoltaikanlage auf dem Hauptgebäude der Werkbetriebe vom Gemeinderat gegen den Willen des Stadtrats beschlossen. Und das Trauerspiel um die Anlagen habe ich in der Interpellation beschrieben. Es spricht für sich. Der Löwenanteil der vom Stadtrat ausgewiesenen Steigerung bei der Photovoltaik geht aufs Konto von Privaten, und das, obwohl meines Wissens viele von den Werkbetrieben auch nicht gerade zuvorkommend behandelt werden. Dabei wäre gerade eine Solaroffensive nötig und sowohl rasch als auch unbürokratisch machbar.

Ähnlich zurückhaltend ist der Stadtrat, wenn es ums Thema Strom sparen geht. Strom sparen kann man entweder durch die Erhöhung der Energieeffizienz, indem man sparsame Geräte einsetzt, LED-Lampen benutzt usw., oder durch bewussten Minderverbrauch, der dann auch ein gewisses Mass an Verzicht mit sich bringt. Energieeffizienz ist ein Gebot der Stunde. Ihre Förderung ist wichtig und richtig. Mit Energieberatung und anderen Informationsangeboten macht die Stadt hier durchaus einen guten Job. Leider hat die Energieeffizienz gerade beim Stromverbrauch einen Pferdefuss, den sogenannten Rebound-Effekt. Das heisst, der Spareffekt durch Effizienzsteigerung wird durch eine höhere Anzahl an zwar energieeffizienteren Geräten zunichtegemacht. Das städtische Stromsparlabel Portal Leuli fördert diesen Effekt, denn als Belohnung fürs Energiesparen winkt ein Anreiz zum Konsumieren.

Ein effizienteres Anreizmodell zum echten Stromsparen wurde von Gemeinderat Stefan Leuthold in seiner Motion letztes Jahr vorgelegt. Die vorgeschlagenen Modelle haben eins gemeinsam: Der Konsument wurde in Form von Waren belohnt. Zudem waren diese Modelle in der Praxis erprobt, daher unverständlich, warum der Stadtrat die Motion bekämpfte und kurz darauf das zahnlose Leuli präsentierte.

Die Ziele des Energierichtplans werden nur erreicht, wenn rasch lokale Kapazitäten zugebaut werden. Das Verhalten der Konsumenten steuert man am besten via das Portemonnaie. So weit ist das klar. Warum aber werden Konsumenten, welche Thurgauer Naturstromprodukte beziehen, weiterhin massiv abgestraft? Ich bezahle bis zu 50 Prozent mehr pro Kilowattstunde, wenn ich im Privaten eine Führungsrolle übernehme, die der Stadtrat immer wieder öffentlich zu übernehmen verspricht. Warum wird Naturstrom aus Kleinwasserkraft, Biomasse, Sonne und Wind nicht einfach dem Standardmix beigegeben und die Kosten realistisch und gerecht verrechnet und auf alle Konsumenten verteilt? Was spricht gegen eine behutsame Preisanpassung anstatt eines Preisschocks, wenn der zu billige Atomstrom dann plötzlich nicht mehr da ist?

Wie eingangs gesagt, die Beantwortung meiner Interpellation hat mehr Fragen provoziert, als sie beantwortet hat. Die Ziele werden vom Stadtrat klar definiert:

1. Auch in Zukunft auf Atomstrom verzichten.
2. Die im Richtplan Energie definierten Werte hinsichtlich Stromversorgung und lokaler Produktion erreichen.

Wie man dorthin gelangen will, ist jedoch unklar. Deshalb, auch wenn die Interpellation nicht direkt ein Konzept einfordern kann: Stadtrat und Werkbetriebe wären gut beraten, sich ein solches zuzulegen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Jörg Schläpfer: Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU. Unsere Fraktion hat Verständnis, dass Gemeinderat Joss nachhakt beim Thema Strommix. Schliesslich haben die Werkbetriebe Frauenfeld im Nachgang zu seiner Motion einen Vertrag mit Wasserzertifikaten abgeschlossen, der befristet ist und bald ausläuft. Und selbstverständlich kann im Energiebereich immer noch mehr gemacht werden.

Aber da diese Bemühungen Ressourcen und Geld kosten, sind alle Massnahmen kritisch zu hinterfragen. Wir haben einen positiveren Eindruck der energiepolitischen Bilanz in Frauenfeld als der Interpellant. In diesem Sinn sind wir zufrieden mit der Antwort des Stadtrats und der Beschreibung, was die Mitarbeitenden der Werkbetriebe und den weiteren Abteilungen der Stadt wie dem Hochbau im Bereich der erneuerbaren Energien alles erreicht haben. Wäre unser Stadtmann nicht so zupackend und würde er nicht so viel Energie investieren in die Energiepolitik, dann gäbe es den Fernwärmering und andere Projekte nicht. Es ist also schlichtweg eine falsche Unterstellung, dass die Stadt nur eine Ankündigungsstrategie betreibt. Die Stadt hat zum Beispiel Forderungen der Motion von Gemeinderat Joss mehr als erfüllt, wie der Interpellant gerade auch selbst gesagt hat. Leider hat es in dieser unpassend formulierten Interpellation mehrere falsche Unterstellungen, auf die ich noch eingehen werde. Ich bin zumindest froh, dass in der Diskussion vorher der Unterton, der noch deplatziert war in der Interpellation, hier nicht mehr der Fall war.

Ein anderes Beispiel: Dem Stadtrat wird in der Interpellation vorgeworfen, einen derart passiven Abstimmungskampf zur Beteiligung an Swisspower Renewables geführt zu haben. Aufgabe des Stadtrats ist in erster Linie das Vertreten eines Geschäfts im Gemeinderat und das Informieren der Bevölkerung. Beim Drucken und Verteilen von Flyern, Organisieren von Podiumsgesprächen etc. sind dann die Parteien mindestens so sehr am Zug wie der Stadtrat. Und wenn ich mich richtig erinnere, war die Grüne Partei hier kaum aktiv. Zumindest nicht so aktiv, wie man erwarten könnte, wenn man bedenkt, wie oft die Grüne Partei in diesem Gremium hier fordert, die Anzahl an erneuerbaren Energien hier in Frauenfeld zu erhöhen.

Bei dieser Abstimmung beschloss man, den Anteil auf einen Schlag auf einen zweistelligen Prozentbereich zu erhöhen. Wenn nun ein Gemeinderat der Grünen Partei das passive Verhalten des Stadtrats gerade in diesem Abstimmungskampf mit obiger Formulierung implizit negativ wertet, dann finde ich das unpassend.

Aber schauen wir nicht zurück auf vergangene Abstimmungen, sondern vorwärts. Und da wird die Stadt Frauenfeld auch in den nächsten zwei Jahren keinen Strom aus Kernenergie verkaufen, weil die Wasserstromzertifikate für zwei weitere Jahre gesichert sind. Wasserzertifikate, erinnern nicht, wie in der Interpellation unterstellt, an Ablasshandel, bei dem man sich ein Versprechen kauft, dessen effektive Wirkung für Normalsterbliche schwierig überprüfbar ist. Dass die Aussage in der Interpellation, und wie sie vorhin wiederholt wurde, man tue nichts für die Steigerung der Produktion, falsch ist, kann man mit folgender Argumentationskette nachvollziehen.

In unserem Energiemarkt sind die Leitungen international vernetzt, und auch um die Produktion stochastischer Energie aufzugleichen, wird unser Strom je nach Tageszeit und Saison aus Wasser, Wind, Sonne oder Kernkraft produziert. Es ist für uns nicht sehr beeinflussbar, wie der Strom, der aus unserer Steckdose kommt, produziert wurde. Entscheidend für die Energiepolitik ist, wohin die Gelderlöse für den Stromeinkauf fließen. Und mit den Zertifikaten entgelten wir Frauenfelder unseren Stromankauf vollständig an Produzenten von Wasserkraftwerken. So erhöhen wir die Nachfrage für Strom aus Wasserkraft. Diese Nachfragesteigerung wiederum erhöht den Marktwert und somit den Erlös, den Anbieter von zertifizierten Anbietern von Wasserkraftwerken erzielen. Der damit verbundene höhere Erlös verbessert die Profitchancen von Wasserkraftprojekten. So wird die Produktion aus zertifiziertem Strom attraktiver, relativ zur Produktion aus herkömmlichem Strom. Und so suchen Kraftwerke zusätzliche Möglichkeiten, um in Wasserkraft zu investieren. Denn gerade in der jetzigen Situation auf dem Schweizer Strommarkt ist dieses Preissignal matchentscheidend.

Das derzeitige Hauptproblem beim Ausbau der Wasserkraft ist neben Einschränkungen durch den Landschaftsschutz ja eben gerade, dass die geplanten Wasserkraftwerke bei den derzeitigen niedrigen Stromerlösen keinen Profit versprechen und deshalb kaum gebaut werden. Wasserzertifikate stellen den Erstellern von Wasserkraftwerken Planungssicherheit und schöne Erlöse in Aussicht. Genau das ist es, was die Wasserkraftindustrie derzeit für den Ausbau der Kapazitäten benötigt. Verzichten wir doch in der Energiepolitik auf unpassende Vergleiche zur Kirchengeschichte. Vertrauen wir stattdessen auf volkswirtschaftliche Massnahmen, die aufzeigen, dass Zertifikate eben die richtigen Anreize setzen und zu einem Ausbau der Produktion von Wasserkraft führen.

Aus Sicht der Stadt lösen wir das Problem ja effektiv. Wir haben zurzeit keinen Atomstrom mehr. Und auch aus Sicht der Schweiz leisten wir einen Beitrag, denn wenn mehr Stadtwerke das machen, was wir machen, nämlich Wasserzertifikate zukaufen, dann steigt eben der Preis an, und das hat zwei Auswirkungen: Zum einen wird zu einem höheren Preis um weniger Zertifikate nachgefragt, also Wasserzertifikate werden nicht ausgehen, der Preis geht einfach nach oben, und das Preissignal bewirkt wie vorhin beschrieben, dass ein solcher Kapazitätsausbau dann auch stattfinden wird. Während das zuverlässige Angebot an Strom eine Kernaufgabe der Stadt ist, hat unsere Fraktion die weitergehende Frage diskutiert, ob es Aufgabe der Stadt sei, Kernkraft beim Strom standardmässig anzubieten.

Im Sinne einer Vorreiterrolle der Stadt ist es wünschenswert, diesem Bedürfnis von weiten Bevölkerungskreisen zu entsprechen, zumal eine Wahlfreiheit für anderweitigen Naturstrom besteht. Allerdings soll das Angebot von kernkraftfreiem Strom nicht um jeden Preis bestehen. Bei der Energiepolitik ist auf sorgsamem Umgang mit den Einnahmen zu achten. Verdankenswerterweise haben die Stadtwerke für die Jahre 2012 – 2016 Verträge aushandeln können, die einen solch limitierten Aufpreis gegenüber herkömmlichem Strom mit sich bringen, so dass diese durch die Preisausgleichsreserve ohne Preiserhöhung für Bürger und Wirtschaft finanziert werden kann. Weil sie unter wenig Geldeinsatz viel bewirken, Risiken vermeiden und ein starkes Zeichen setzen, unterstützt unsere Fraktion die Wasserzertifikatsverträge. Herzlichen Glückwunsch zu diesen bürgerfreundlichen und wirtschaftsverträglichen Vertragsabschlüssen.

Apropos Wirtschaftlichkeit: Die Erstellung der erwähnten Photovoltaikanlage, die in der Interpellation erwähnt wurde, verzögerte sich, weil in Bern die Zusage für die KEV angedauert hat. In der Zwischenzeit ist der Preis von 400'000 auf 125'000 Franken gefallen. Die dazugehörige Haltung in der Interpellation – ich zitiere: Haftet der Beigeschmack an, dass sie zur Sparübung wurde – ist deplatziert.

Als diese Photovoltaikanlage im Jahr 2009 projektiert wurde, war es das Ziel, auf dem Dach des Fahrzeugparks der Werkbetriebe eine Photovoltaikanlage zu erstellen. Das erforderte zum damaligen Kenntnisstand ein Budget von 400'000 Franken. Es war nicht das Ziel per se, 400'000 Franken auszugeben. Und Erträge aus dem Finanzplan des Jahres 2009 wurden durch die Schaffung des Fonds für erneuerbare Energien ersetzt. Das Ziel des Projekts ist erfüllt, denn nun produziert diese Solaranlage den erhofften Strom. Freuen wir uns doch ohne Unterstellung eines falschen Beigeschmacks einfach, dass das Projektziel erreicht wurde und der Bau erst noch stark unter Budget abgeschlossen wurde.

Ganz überraschend ist diese Kostenunterschreitung übrigens nicht. Denn in den letzten Jahren waren Investitionen mit der höchsten kalkulatorischen Rendite oftmals Solarprojekte, die man eben erst später als geplant effektiv realisiert hatte. Tönt zwar zynisch, entspricht aber den Fakten. Die erfreulich stark purzelnden Erstellungskosten für Photovoltaik verdanken wir den Innovationen. Diese technologischen Fortschritte können wir hier mit der Politik nicht massgeblich beeinflussen. Umgekehrt sind wir aber umso abhängiger davon, damit wir unsere ambitionierten Ziele in der Energiepolitik unter vertretbaren Kosten verwirklichen können. Bei den Massnahmen, die wir hier vor Ort anpacken können, ist die Energie in der Stadt Frauenfeld energiepolitisch auf Kurs.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU unterstützt die Stadt, wie bisher auch diejenigen Massnahmen anzupacken und umzusetzen, welche sinnvolle Investitionen sind, auch unter dem Aspekt der wirtschaftlich eingesetzten Stromabgaben, so wie dieses Kriterium im Energierichtplan auf Seite 52 festgehalten ist.

Gemeinderat Pascal Frey: Ich spreche im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaft und JUSO. Ja, die Beantwortung der Interpellation ist ausreichend. Aber wir hätten vom Stadtrat trotzdem gern noch einige Antworten mehr gehabt. Zum Beispiel wie der Stadtrat die verlorene Abstimmung zur Swisspower Renewables bewertet und vor allem, ob da ein Ersatzprojekt unterwegs ist? Oder: Weshalb der Stadtrat das eingesparte Geld der PV-Anlage der Werke nicht weiter investiert hat und die Anlage ausbaut? Auch zum Vorwurf der unnötigen Kontrollen wurde keine Stellung bezogen. Genauso wie zur nur teilweise vollzogenen Motion Leuthold. Zu den beantworteten Punkten haben wir uns in der Fraktion folgende Gedanken gemacht:

Unserer Meinung nach sind die 1000 Benutzer und Benutzerinnen des Leuli-Portals noch lange nicht genug. Wir hoffen auf eine erneute Info der Haushalte, eventuell könnte man zusätzliche Anreize schaffen wie zum Beispiel Gratis-Kilowattstunden für die grössten Sparer des Portals o.ä.

Auch haben wir von Briefen gehört, die eine allgemeine Einstufung der Haushalte im Bereich Energie vorgenommen haben. Dass hier anscheinend nicht die Haushalt- und Wohnungsgrösse unterschieden wurde, ist natürlich fatal.

Weiter haben wir uns gefragt, weshalb ein so grosser Unterschied besteht zwischen den bewilligten und den ausbezahlten Fördermitteln aus dem Energiefonds. Und bei eben diesem Energiefonds sind wir der Meinung, dass die stadt-eigenen Projekte noch zu wenig umgesetzt sind. Uns sind die Hürden bekannt. Aber Projekte wie zum Beispiel die Public-PV-Anlage sollten unserer Meinung nach mit Druck weiter betrieben werden. Denn nur so können wir unsere Abhängigkeit von fossilen und atomaren Energieträgern weiter vermindern.

Gemeinderat Stefan Leuthold: Im Namen der Fraktion Grüne/CH/GLP bedanke ich mich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation "Ersatz Atomstrom ab 2015" meines Kollegen Jürg Joss.

Der atomare Supergau in Fukushima im Jahr 2011 liegt nun drei Jahre hinter uns. Noch immer sucht die Betreiberfirma Tepco händeringend nach Lösungen, um das Eindringen von Radioaktivität ins Grundwasser zu stoppen. Mehr als 150'000 Menschen mussten bereits umgesiedelt werden, die Natur ist auf Jahrzehnte hinaus verseucht und unbewohnbar. Das Japan Center of economic Research schätzt die volkswirtschaftlichen Kosten der Katastrophe auf über 940 Milliarden Franken. Tendenz steigend. Die japanische Regierung hüllt sich derweil in Schweigen und versucht, den Eindruck von Normalität zu vermitteln. Leider ist das Thema weitgehend aus unseren Medien verschwunden, der Mensch neigt dazu, Unangenehmes zu verdrängen.

Im Jahr 1969 landeten die ersten Menschen auf dem Mond, die Beatles spielten noch in ihrer Originalformation, der erste Mikroprozessor wurde erfunden. Ebenfalls im Jahr 1969 ging das zurzeit älteste Atomkraftwerk der Welt ans Netz, das AKW Beznau, noch heute in Betrieb, nur etwa 50 Kilometer Luftlinie von Frauenfeld entfernt. Die AKW der Schweiz werden als sicher bezeichnet. Das wurden die AKW in Japan vor Fukushima auch. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz schätzt die Kosten eines vergleichbaren Unfalls in der Schweiz auf unvorstellbare 4'200 Milliarden Franken. Diese Summe ist nicht versicherbar. Die Allgemeinheit würde die Kosten und auch die Folgen eines Supergaus in der Schweiz vollumfänglich tragen. Auch ist die Frage nach der Endlagerung noch lange nicht gelöst. Ein Fazit: Atomkraft hat keine Zukunft, wir müssen diese riskanten atomaren Freilandversuche so schnell wie möglich beenden.

Doch zurück zur stadträtlichen Antwort auf die Interpellation. Obschon wir die in der Antwort erwähnten Anstrengungen anerkennen und gutheissen, sind wir der Meinung, dass mehr getan werden kann und muss. Unsere Fraktion hat den Eindruck, der Stadtrat stelle das Thema Energiewende in seiner Pendenzenliste zu weit nach hinten. Bereits in der Antwort auf die Motion von Jürg Joss vom Mai 2011 antwortete der Stadtrat unter anderem, er sei bestrebt, eine Führungsfunktion in Umweltbelangen zu übernehmen. Wir bezeichnen diese Aussage als Ankündigungspolitik. Ohne permanenten politischen Druck unternimmt der Stadtrat sehr wenig. Was wir vermissen, ist das Commitment, das Engagement, das Herzblut. Ich gebe dazu drei Beispiele:

1. Vor wenigen Wochen wurde der regionale Richtplan Energie in diesem Rat diskutiert. Gemäss diesem wird bis zum Jahr 2016 ein Konzept für die Intensivierung der Nutzung der Solarenergie ausgearbeitet, welches nach 2017 umgesetzt werden soll. Dabei ist heute schon bekannt, dass in Frauenfeld gegenüber heute 87 mal mehr solare Wärme und 60 mal mehr solarer Strom erzeugt werden könnte. Das ist uns ja bereits bekannt. Wie viele tolle Rezepte braucht es denn noch? Wie viel Papier müssen wir noch produzieren? Fangen wir doch einfach einmal an.
2. Trotz prall gefülltem Energiefonds kommen viele städtische Projekte nicht vom Fleck. Unter anderem deshalb, weil bei neuen Anlagen erst die Zusage für die KEV, die kostendeckende Einspeiseverfügung des Bundes abgewartet wird. Wieso soll der Bund, also die ganze Schweiz, Projekte in Frauenfeld finanzieren, wenn hier genau dafür der Energiefonds bereitsteht? Mit diesem Vorgehen werden Projekte unnötig verzögert und hinausgeschoben.

3. Wieso unternimmt der Stadtrat nicht aktiv Vorstösse, um die Stromeffizienz der Kunden zu belohnen? Ich meine damit nicht das komplizierte Stromspar-Leuli-Programm, sondern einfache, konkrete, griffige Massnahmen, welche in anderen Städten der Schweiz bereits erfolgreich umgesetzt wurden. Unsere Fraktion hat solche Möglichkeiten in der Vergangenheit mehrmals aufgezeigt.

Noch eine kurze Replik an Gemeinderatskollege Jörg Schläpfer: Er hat gesagt, dass die gesenkten Preise der Photovoltaik auf Innovationen basieren. Ich muss ihm leider widersprechen. Der Grund für die gesenkten Preise ist die hohe Nachfrage, ausgelöst hauptsächlich durch Deutschland, welches im Bereich Photovoltaik eine Vorreiterrolle gespielt hat, und durch die grosse Nachfrage diesen Preisrutsch in Europa und auf der ganzen Welt ermöglicht hat.

Wir haben grundsätzlich nichts dagegen, wenn die Stadt den Bezug von Wasserkraftzertifikaten über das Jahr 2014 hinaus verlängert. Wie aus der stadträtlichen Antwort hervorgeht, wurden ja bereits Verträge für die Jahre 2015 und 2016 unterzeichnet. Als Übergangslösung ist dies ein gangbarer Weg. Aber er macht nur dann Sinn, wenn parallel dazu die Kapazitäten an erneuerbaren Energien in der Region massiv und zeitnah hochgefahren werden. Wenn die Stadt auf neue Konzepte des Kantons wartet, welcher seinerseits auf Beschlüsse des Bundes wartet, kommen wir mit der Energiewende nicht vom Fleck. Ich wünsche mir und uns allen, dass die Energiestadt Frauenfeld mutiger und offensiver als bisher voranschreitet. Unsere Nachkommen werden es uns danken. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Stefan Geiges: Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion. Als Erstes erlaube ich mir die Bemerkung, dass wir alle hier drin den Atomausstieg wollen. Über den Weg sind wir uns einfach nicht einig.

Wir von der CVP/EVP-Fraktion danken dem Stadtrat für die ausführliche Antwort auf die Interpellation Joss. Daraus geht ganz klar hervor, dass der Stadtrat in seiner Energiepolitik eine gute Strategie verfolgt und sich Mühe gibt, zwischen den Träumen und der Realität zu unterscheiden. Der Ersatz von Atomstrom im Jahr 2015 ist genauso unmöglich, wie der Ersatz von Atomstrom 2012 unmöglich war. Die Behauptung, dass in Frauenfeld 100 Prozent Strom aus Wasserkraft fliesst, ist physikalisch schlicht und einfach falsch. Sogar Gemeinderatskollege Jürg Joss hat Probleme mit den sogenannten Zertifikaten – zu Recht.

Die Zertifikate für Wasserkraft fördern nach unserer Ansicht nicht wirklich neue Anlagen für erneuerbare Energien. Im Prinzip sind sie so etwas Ähnliches wie ein Ablass oder sogar ein Etikettenschwindel. Denn eines Tages sind die immerhin 60 Prozent der Schweizer Wasserkraft mit Zertifikatspapieren ausverkauft, was dann? Auch darauf weist der Stadtrat in seiner Antwort hin. Zertifikate sind etwa das Gleiche, wie wenn ich in Basel aus dem Rhein eine Wasserflasche abfülle und auf die Etiketle schreibe, es handelt sich um Murgwasser von Frauenfeld. Solange ich nicht mehr Flaschen verkaufe, als die Murg in Frauenfeld Wasser hat, solange kann ich dies mit Fantasie behaupten.

Also, wo stehen wir heute? Die Schweiz arbeitet an der Energiewende und will aus der Atomenergie aussteigen. Hierfür wurde die kostendeckende Einspeisung KEV zu 5 Rappen pro Kilowattstunde eingeführt, um erneuerbare Energie zu fördern. Der Kanton Thurgau arbeitet ebenfalls an der Energiewende. Mit dem Konzept "Thurgau Strommix ohne Atom" wird eine kantonale KEV vorgeschlagen. Und jetzt soll auch die Stadt Frauenfeld ihre eigene Energiewende haben. Vielleicht kommt auch Frauenfeld auf die Idee, ihre lokale KEV einzuführen. Wohlverstanden, das bei den jetzt schon grossen Bemühungen für die Energie. Wenn es so weitergeht, wer-

den sogar die Quartiervereine einen eigenen Atomausstieg durchführen. Mit nur gutem Willen funktioniert es ja wirklich nicht. Lassen wir doch den Bund seine Energiewende samt dem Atomausstieg machen. Unterstützen wir Bund und Kantone bei ihren Bemühungen, dann steigen wir in Frauenfeld automatisch aus dem Atomstrom aus.

Beim Thema Finanzen muss man hierzu noch einfügen: Wer bezahlt das alles, was dem Interpellanten vorschwebt? Und wer übernimmt die Verantwortung dafür, wenn es nicht klappt? Wer übernimmt die Verantwortung, dass wir den Energiebedarf aus Solarstrom, Biomasse, Wind und aus alternativen Energien decken können? Wer übernimmt diese Verantwortung? Übernehmen sie die Atomgegner? Machen sie das wirklich? Übernehmen sie wirklich diese Verantwortung?

Wie der Stadtrat sagt, kann ich mit Stromsparen und effizientem Umgang mit Strom einen Beitrag leisten. Bei den privaten Haushalten haben die Werkbetriebe die Stromsparaktion Leuli gestartet. Inzwischen haben sich 1000 Kundinnen und Kunden zum Leuli angemeldet. Das ist auch der richtige Weg. Weitere Massnahmen für erneuerbare Energie und für mehr Energieeffizienz bieten der Energiefonds der Stadt und die Werkbetriebe. Ich bin überzeugt, dass auch hier noch viele gute Ideen bestehen, die ihren Beitrag leisten können. Die Stadt ist also angehalten, kreative Ideen zu verwirklichen. Wir von der CVP/EVP-Fraktion sind überzeugt, dass die Stadt ihre Verantwortung wahrnimmt, und teilen die Antwort an Jürg Joss weitgehend mit der Einschätzung des Stadtrats. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Peter Wildberger: Will die Stadt Frauenfeld einen wirksamen Beitrag an eine optimale Stromversorgung leisten, muss sie auf folgenden drei Gebieten deutlich aktiver werden:

1. Stromproduktion: Das grösste Potenzial in unserer Gegend hat die Photovoltaik. Wir haben es schon gehört. Auf stadteigenen Gebäuden sind nun zwei Solaranlagen verwirklicht. Nur schon auf dem Gelände der Werkbetriebe warten weitere vier und auf den Gebäuden des Werkhofs weitere fünf grosse, durchaus geeignete Dächer auf Solaranlagen. Und viele mehr auf übrigen Gebäuden der Stadt. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er mit dem Energiefonds sein in der Abstimmungsbotschaft 2010 abgegebenes Versprechen hält. Mindestens zwei bis drei stadteigene Projekte pro Jahr sollten damit verwirklicht werden können. Warum zum Beispiel wurde beim Bau der Turnfabrik auf stadteigenem Boden nicht gleichzeitig auch eine Photovoltaik- und Photothermikanlage auf dem Dach erstellt mit dem Geld des Energiefonds? Der Stadtrat zieht es vor, ein KEV-Gesuch laufen zu lassen und einige Jahre zu warten, was die Turnfabrik mit jetzt hohen Energiekosten belastet. Warum hat nicht die Stadt anstelle des EKT im Januar 2014 das Wasserkraftwerk Dreieck vom früheren Eigentümer abgekauft? Es ging schliesslich an die EKT-Tochter Swisspower AG. Das Wasserkraftwerk Dreieck hätte gut ins Wasserkraftportfolio der Stadt mit dem Wasserkraftwerk Zeughausbrücke und einem allfälligen Wasserrad Mühlewiesenkanal gepasst und Synergien ergeben wegen der räumlichen Nähe zu den Werkbetrieben, was für die Überwachung und den Unterhalt wichtig ist.
2. Energieeinsparung: Hier ist noch ein grosses Potenzial vorhanden, denken wir nur an die Gebäudedämmung, die neuen energiesparenden Lichtquellen, Pumpen oder die intelligente, dem Bedarf angepasste Steuerung der Strassenbeleuchtung mit Bewegungssensoren. Überhaupt nicht optimiert ist der Energieverbrauch der Kunsteisbahn und des Schwimmbads. Bei diesen ist es ein Muss, endlich auch auf die tausendfach erprobte Solarenergie zu setzen, anstatt auf die störanfällige, relativ selten funktionierende Wärmekraftpumpen.

3. Smart Conception: Das heisst, den Verbrauch zeitlich möglichst der Produktion anpassen. Herkömmlich hatten wir mit den Atom- und Wasserkraftwerken Stromüberschüsse in der Nacht wegen des nächtlichen geringen Verbrauchs. Um 12 Uhr mittags ist der grösste Verbrauch. Das trifft sich gut mit der solaren Produktion. Das alte, starre Niedertarifsysteem muss abgelöst werden durch ein flexibleres System, je nach Sonneneinstrahlung, Wind- und Wasserverhältnissen in ganz Europa. Flexible Verbraucher können dann bei Stromüberschuss und niedrigen Preisen konsumieren. Erst in zweiter Linie soll in die viel aufwendigere Stromspeicherung noch mehr investiert werden. Haben die Werkbetriebe bereits Vorarbeiten in diese Richtung der Smart Conception getätigt?

Ich bin überzeugt, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung eine aktivere Rolle der Stadt begrüsst. Es sind Investitionen in die Zukunft, die sich auszahlen werden und langfristig Einsparungen bedeuten. Und ein aktueller Punkt für Frauenfeld, das als sogenannte Gasstadt bisher vor allem auf das Gas gesetzt hat: Bei den gegenwärtigen politischen Entwicklungen in Osteuropa ist es gut, wenn wir weniger abhängig sind von Russland und dem russischen Erdgas.

Gemeinderat Peter Hausammann: Erlauben Sie mir nach den verschiedenen Fraktionserklärungen ein kurzes Fazit: Es herrscht zwar nicht ungeteilte Freude, aber doch Einigkeit in dem Sinn, dass Atomstrom, wenn immer möglich definitiv aussen vor bleiben sollte. Immerhin, und das ist ein Fortschritt, da ist Ihre Seite Kollege Schläpfer – und das meine ich ohne jeglichen Unterton – einen rechten Weg gegangen. Die Zertifikate sind sicher eine gute Sache und es ist zu loben, dass der Stadtrat uns diese bis 2016 gesichert hat. Aber das ist nur ein kleiner Zwischenschritt. Es löst die Probleme nicht, da sind wir uns einig. Die Lobhudelei der FDP, der Partei des zuständigen Stadtmanns, ist doch etwas durchsichtig und ein bisschen übertrieben. Es schleckt auch keine Geiss weg, dass nach wie vor gilt, was ausgerechnet ein Global Player im Bereich von fossiler Energie geprägt hat. Sie kennen das: "Es gibt viel zu tun, packen wir's an."

Gemeinderat Thomas Gemperle: Ich möchte nicht lobend erwähnen, wie zupackend der Stadtrat agiert. Manchmal würde ich mir weniger Zupacken wünschen, denn wo Politiker zupacken, steigen meistens auch die Kosten. In der Energiepolitik ist es leider nicht anders. Mehr Markt und weniger politische Einflussnahme wären wünschenswert. Mir fehlt in diesem Rat die kernenergiefreundliche Stimme. Mir fehlt die grundsätzliche Kritik am stadträtlichen Energieaktivismus. Ist der Atomausstieg gottgegeben? Das ist doch die entscheidende Frage.

Ich bin daher mit der Antwort des Stadtrats nicht zufrieden. Der Stadtrat versucht sogar, den grünen Wunschträumen einer atomfreien Stromversorgung nachzueifern, obwohl über diese Frage der Souverän noch nie abgestimmt hat. Auch die behördenverbindlichen Massnahmen im Energierichtplan sind demokratisch schwach legitimiert. Und woher nimmt die Politik den Auftrag für diese Null-Prozent-Kernenergie? Es sind Mutmassungen, die der Stromkonsument und Steuerzahler teuer bezahlt. Bei der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft hat er sich glücklicherweise noch zurückgehalten. Dieses Lippenbekenntnis hätte man trotzdem nicht abgeben dürfen.

Die Grüne Partei möchte ich motivieren, mit demokratischen Mitteln, am liebsten einem Volksentscheid, für ihre 2000-Watt-Illusion zu kämpfen. Dann hätten wir Klarheit und könnten konkrete Massnahmen planen oder diese unausgereifte Vision endlich begraben. Die mittelfristige Abkehr vom Atomstrom darf entgegen den Forderungen des Interpellanten nicht das Ziel sein. Dem Stadtrat ist zugutezuhalten, dass nicht alle Wünsche der Grünen – Stichwort Wasserrad Mühlewiesenkanal – erfüllt werden. Ansonsten, habe ich den Eindruck, macht der Stadtrat eine sehr grüne Politik. Sogar in seiner Antwort steht, dass Frauenfeld sich nicht verstecken muss und eine Vorreiterrolle einnimmt. Im totalen Gegensatz zum Interpellanten würde ich mir vom Stadt-

rat konkrete Massnahmen wünschen, wie wir den Ausstieg vom Ausstieg schaffen und wieder saubere CO₂-freie und sichere Kernenergie verwenden dürfen. Meine Wahlfreiheit wird beschnitten, indem mir ausschliesslich Strom aus Wasserkraft aufgezwungen wird. Wo bleibt da der Markt? Wo bleibt meine Freiheit? Die Frage, wie wir diesen Kurs demokratisch legitimieren, bleibt im Raum stehen und müsste baldmöglichst einmal geklärt werden.

Der Ratspräsident: Nachdem die Diskussion seitens des Rats nicht mehr gewünscht ist, hat der Stadtammann das Wort.

Stadtammann Carlo Parolari: Zuerst eine Vorbemerkung: Das ist nicht die rote Nase aus der Fasnachtszeit, die ich hier trage, das ist ein neues Mikrofon. Vielleicht müssen wir uns über die Farbe einmal unterhalten.

Ganz herzlichen Dank für die interessante Diskussion, auch wenn mehrere Votanten nicht unbedingt zum Thema oder nicht zur Interpellation gesprochen haben. Ich bin Ihnen dankbar, dass sehr vieles bereits von Ihnen beantwortet worden ist, insbesondere auch die Stilfragen der Interpellation.

Sie haben es eben gehört: In der aktuellen Energiediskussion gibt es nach meiner Einschätzung grob gesagt drei Kategorien. Es gibt die Negierer, die sagen, wir haben überhaupt kein Problem, es gibt die pragmatischen Realisten und es gibt die missionarischen Eiferer. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns. Dass wir in der Beantwortung der Interpellation nicht vollständig gleicher Meinung sein werden wie der Interpellant, ist naheliegend. Ich bezeichne mich als pragmatischen Realisten. Wogegen ich mich allerdings mit Vehemenz wehre, ist, dass wir im Stadtrat nichts machen würden, dass wir einfach eine Ankündigungspolitik betreiben oder gar bremsen würden. Das ist einfach schlicht und ergreifend falsch. Schauen Sie sich doch einmal um, was andere Städte so machen. Gemeinderat Joss hat zweimal erwähnt, unsere Beantwortung der Interpellation werfe mehr Fragen auf, als sie Antworten gebe. Nach der heutigen Diskussion stelle ich mir allerdings die Frage, ob das nicht allenfalls an Ihren Fragen liegt. Wir beantworten nämlich die Fragen, die Sie uns stellen, und nicht das, was Sie uns nicht gefragt haben. Nun aber zu einzelnen Voten und einzelnen Punkten.

Es wurde vom Interpellanten und auch von Gemeinderat Frey gefragt, weshalb wir beispielsweise nach dem Scheitern der Swisspower-Abstimmung keine Nachfolgeprojekte prüfen würden. Ich kann Ihnen sagen, erstens haben wir ein Volksverdikt, und zweitens ist es eine Behauptung, dass wir nichts prüfen würden. Wir haben sehr wohl einzelne Anfragen auf dem Tisch. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass wir nicht das Know-how und nicht die Kapazität haben, um im grossen Stil Windparkbeteiligungen zu prüfen. Das war eben gerade Gegenstand dieser Vorlage, dass man sich an einer grossen Gemeinschaft beteiligt hätte. Aber konkret haben wir durchaus immer wieder einzelne Projekte auf dem Tisch. Aber nach Ihren Voten werde ich mich in Zukunft hüten, noch irgendetwas öffentlich zu sagen, wenn man dann als Ankündigungspolitiker verschrien wird.

Gemeinderat Leuthold hat gesagt, die Projekte aus dem Energiefonds verzögerten sich. Auch da kann ich Ihnen entgegenen, Sie werden das demnächst im Geschäftsbericht 2013 sehen, die halbe Million, die als Beiträge zur Förderung gesprochen werden, ist nahezu ausgeschöpft.

Gemeinderat Frey hat gefragt, weshalb oder woher der grosse Unterschied zwischen zugesprochenen und ausbezahlten Beträgen kommt. Auch das kann ich Ihnen problemlos beantworten. Ein Gesuch wird vor der Erstellung einer Anlage oder eines Hauses eingereicht. Die Bewilligung

ist zwei Jahre gültig, und ausbezahlt wird nach Vorliegen der definitiven Abrechnungen. Deshalb gibt es einen grossen Unterschied zwischen zugesicherten und ausbezahlten Geldern. Wir haben im vergangenen Jahr praktisch die halbe Million zugesichert. Was die zweite halbe Million betrifft, wo uns vorgeworfen wird, wir stehen auf der Bremse und verzögerten, da muss ich Ihnen klar sagen, wenn Sie das in den Unterlagen nachlesen, die Idee war, dass diese 500'000 Franken primär für innovative Projekte Dritter reserviert sind. Im Reglement steht auch, für eigene Projekte, da gebe ich Ihnen Recht. Bisher sind keine sinnvollen Projekte Dritter eingereicht worden, deshalb ist dieser Teil noch nicht angebraucht worden. Es gibt aber eine Finanzplanung, die liegt vor, die ist auch der Fachkommission für Energie gezeigt worden, die beispielsweise bis ins Jahr 2015 ein Absinken auf 100'000 Franken vorsieht. Es ist also einiges im Tun und nicht so, dass das Geld auf die hohe Kante gelegt wird.

Zu Gemeinderat Wildberger, warum die Turnfabrik nicht mit einer Photovoltaikanlage ausgerüstet worden sei: Wir sind konkret am Prüfen, das haben wir auch schon x-fach in der GPK gesagt, sie an das Anergienetz anzuschliessen. Das sollte dieses Jahr in den Rat kommen.

Die Kunsteisbahn wurde schon mehrfach geprüft. Wir haben vor etwa zwei Wochen den Bescheid bekommen, dass es aus statischen Gründen nicht geht, dort auf das Tonnendach eine Photovoltaikanlage zu bauen. Und es wurde uns ebenfalls vorgeworfen, weshalb wir beim Kleinwasserkraftwerk Dreieck nicht dazu gekommen seien. Ich kann Ihnen sagen, wir waren seit eineinhalb Jahren an diesem Projekt dran. Wir haben ein Stillhalteabkommen mit dem EKT, dass sie uns nicht „reinheuen“. Jetzt haben sie eine Firma EKT Eastpower AG gegründet, haben grosse Verluste eingefahren und suchen dringend Projekte und haben uns das vor der Nase weggeschnappt, weil sie ungesehen einfach Geld zahlen. Wir haben es gut geprüft. Da sind diverse Risiken drin, die wir nicht bereit waren, einfach so zu zahlen. Wir nehmen Steuergelder in die Hand. Das EKT hat es offenbar nicht nötig, das zu prüfen und gibt das Geld einfach so aus.

Zu diversen Fragen von Gemeinderat Frey: Sie haben gefragt, weshalb wir die Motion Leuthold nur teilweise vollzogen hätten. Das habe ich nicht ganz verstanden, weil diese Motion – das auch an den Interpellanten – mit 21 zu 15 Stimmen von Ihrem Rat abgelehnt wurde. Also gab es da nichts zu vollziehen, wenn die nicht erheblich erklärt worden ist.

Zum Portal Leuli: Da teile ich Ihre Meinung. 1000 sind bereits relativ viele Nutzer. Natürlich haben wir das Ziel, so viele wie möglich auf dieses Portal zu bringen. Wir werden mit der Energiestadt zusammen an der Frühjahrsmesse auftreten. Immer wenn man eine Aktion macht, gibt es wieder einen deutlichen Sprung. Es ist ganz klar auch vorgesehen, weitere Vergleichsmessungen zu machen. Ich gehe hier nicht auf die Details ein, ich kann Ihnen das gern bilateral erklären. Es steht auch alles auf der Homepage unter häufig gestellten Fragen. Auch dass – was Sie gesagt haben – Haushalt- und Wohnungsgrösse nicht berücksichtigt worden seien, stimmt nur teilweise. Es ist da genau beschrieben, ich kann es Ihnen aber bilateral gern noch erklären. Das würde hier den Rahmen sprengen.

Die Frage der unnötigen Kontrollen stand auch noch im Raum. Wir haben nicht dazu Stellung genommen, weil es hier um ein laufendes Verfahren geht. Wir haben eine Person in der Stadt, die uns seit Jahren sehr auf Draht hält wegen einer ganz kleinen Rechnung. Wir haben es aber auch schon mehrfach gesagt, es ist absolut nicht der Fall, dass wir Personen, die Photovoltaikanlagen erstellen wollen, schikanieren. Das ist eine böartige Unterstellung. Ich habe Ihnen hier auch die neusten Zahlen aus dem Geschäftsbericht, den Sie demnächst erhalten werden. Im Jahr 2010 hatten wir 6 Anlagen, die angemeldet wurden, 2011 waren es 13, 2012 sogar 31 und im letzten Jahr 36. Und wenn Sie sich dann noch die Leistung zu Gemüte führen, 2010 25 Kilowatt, dann 114, dann 284 und jetzt 1280, das ist eine Steigerung von 328 Prozent von 2012

auf 2013. Da haben meine Mitarbeiter in den Werkbetrieben intensiv mitgeholfen, dass diese Anlagen realisiert werden können. Wir sprechen übrigens gesamthaft über die Stadt von einer Energieproduktion für 320 Einfamilienhäusern, die mittlerweile mit Solarenergie erzeugt werden. Da gebe ich Ihnen Recht, da sind wir noch lange nicht am Ende, aber das ist nicht primär unsere Aufgabe, sondern es ist die Aufgabe der Privaten. Wir haben sie darin zu unterstützen und das machen wir auch.

Ich danke Ihnen für die Diskussion und hoffe, dass ich Ihre offenen Fragen beantworten konnte. Besten Dank.

Gemeinderatspräsident Christoph Regli bedankt sich für die Ausführungen und insbesondere für die interessante Interpellation, die umfassende Antwort und die pointierten Voten.

Die Motion von Gemeinderat Philipp Geuggis betreffend "Tagesparkieren in den Quartieren" wurde von 27 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet. Ich überweise sie nun an den Stadtrat zur Beantwortung an einer der nächsten Sitzungen.

Somit ist die heutige Tagesordnung durchberaten. Ob die nächste Sitzung stattfindet, werden wir baldmöglichst kommunizieren und ebenso, ob die Maisitzung allenfalls erst um 18 Uhr beginnen wird.

Mein Dank geht an dieser Stelle an Sie für das aktive Mitdiskutieren und an die Stadtgärtnerei, einmal mehr für den stattlich geschmückten Ratsaal. Die Primeli dürfen Sie anschliessend an den sehr kurzen zweiten Teil mitnehmen.

Somit kommen wir nun zum zweiten Teil. Der Kinderrat hat sich vor etwa einem Monat konstituiert. Gerne hätte ich gleichzeitig dem Seniorenrat das Wort erteilt. Dies ist aber wegen Ferienabwesenheit des Vorstands leider nicht möglich. Ich freue mich aber, dass wir die Sitzung heute, die sonst relativ kurz ausgefallen wäre, um einige wenige aber interessante Minuten ergänzen können.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

Kinderrat

Ich bin überzeugt, dass es sich lohnt, sich die nächsten Minuten Zeit zu nehmen. Weil es sehr kurz sein wird, werden die Mitglieder des Büros und des Stadtrats nicht den Platz wechseln, sondern hier bleiben. Ich erteile Andrea Hofmann Kolb, die von Heidi Arnold hereingelassen wird, das Wort.

Andrea Hofmann Kolb: Guten Abend miteinander. Mein Name ist Andrea Hofmann Kolb. Ich möchte Christoph Regli ganz herzlich danken, dass er uns eingeladen hat heute Abend. Ich möchte auch dem Stadtrat herzlich danken.

Den Kinderrat Frauenfeld gibt es seit einem Monat. Ich durfte dieses Projekt aufgleisen. Ich arbeite bei der Fachstelle für Integration, die der Abteilung Soziales angegliedert ist. Die Stadt ist federführend bei diesem Projekt. Die Schulen sind Partner, und so konnten wir über die Schulen die Kinder rekrutieren. Der Kinderrat Frauenfeld entstand unter dem UNICEF-Label Kinderfreundliche Gemeinden. Dort ist die erste Massnahme der Aufbau einer Kinderpartizipation in

Frauenfeld. Ich hatte Kontakt mit Luzern, wo es ein Kinderparlament gibt, das aus 80 Kindern besteht. Ich habe das Projekt für Frauenfeld etwas angepasst.

Sie werden anschliessend von der Präsidentin und vom Präsidenten des Kinderrats noch ein bisschen mehr dazu hören. Aber ich denke, für Frauenfeld ist es eine gute Grösse und eine gute Sache, die man da zusammenstellen konnte. Das Projekt ist für zwei Jahre bewilligt. Der Stadtrat erteilte uns die Bewilligung bis 2015. Ende 2015 werden wir Bilanz ziehen und schauen, ob es den Kinderrat braucht und ob er auf offene Ohren stösst. So, wie es angelaufen ist, kann ich Ihnen sagen: Ja, das Interesse war sehr gross. Wir mussten einige Kinder zurückweisen, die auch gern mitgemacht hätten, die dann vielleicht in einer nächsten Runde dabei sein dürfen.

Die erste Sitzung fand am 19. Februar statt. Es wird noch zwei Sitzungen geben, eine im Juni und eine im November. Ich habe die Sitzungsdaten so gesucht, dass sie zu den Gemeinderatssitzungen passen. Im Februar ging es nicht, weil Ihre Sitzung ausfiel. Aber das war kein Problem. Wir durften Herrn Stadtmann einladen. Er kam an unsere Sitzung und durfte sich und seine Arbeit vorstellen. Auch konnten die Kinder ihm Fragen stellen.

Es ist ein Kinderrat. Das heisst, es soll nicht eine Erwachsene vorne stehen, die das alles allein macht. Daher haben wir an der ersten Sitzung ein Co-Präsidium gewählt. Wir wählten eine Präsidentin und einen Präsidenten, und ich freue mich sehr, dass die beiden mich heute Abend hierher begleitet haben. Ich gebe zuerst dem Präsidenten das Wort, anschliessend der Präsidentin. Anschliessend haben Sie die Gelegenheit, uns Fragen zu stellen.

Sepp De Boo: Grüezi. Ich bin Sepp. Ich bin 10 und in der 4. Klasse im Schulhaus Herten. Im Kinderrat sind jetzt gerade 23 Kinder von allen Schulen in Frauenfeld. Kinder von 9 bis 14 können mitmachen, also von der 4. Klasse bis zur 2. Sek.

Viola Krasniqi: Grüezi mitenand. Mein Name ist Viola Krasniqi. Ich bin 13, gehe in die 1. Sek. Im Kinderrat gibt es drei Teams: das Finanzteam, die Reporter und die Stadtdetektive. Das Finanzteam schaut aufs Geld, wie viel wir ausgeben, wie viel wir noch haben. Die Reporter schreiben einen Beitrag für die Einwohnerzeitung frauenfeld.ch. Die Stadtdetektive forschen, was in Frauenfeld kinderfreundlicher, schöner oder besser gemacht werden könnte.

Andrea Hofmann Kolb: Keine Angst, es ist nicht so, dass die Stadtdetektive einfach forschen und Forderungen stellen wie "wir hätten gern ein Zehnmetersprungbrett oder einen zweiten Scaterpark". Ich kann Ihnen versichern, wir haben an der ersten Sitzung ein kurzes Brainstorming gemacht, wo sich die Detektive überlegt haben, ob es in der Stadt Orte gibt, die gefährlich sind. Oder gibt es Strassenübergänge, die man anschauen müsste? Was dabei herauskam ist: Die Stadt könnte ein bisschen mehr Farbe vertragen. Wir hätten gern farbige Abfalleimer. Das klingt doch gut. Das ist sicher etwas, was ich mit dem Stadtmann und dem Werkhof gern genauer anschauen werde. Und das ist sicher auch etwas, was nicht viel kostet und was vielen eine Freude bringen kann. Wir bedanken uns herzlich und beantworten nun gern Ihre Fragen.

Gemeinderat Stefan Geiges: Können sich die politischen Parteien bei euch vorstellen?

Andrea Hofmann Kolb: Das wäre eine Idee. Deshalb habe ich die Sitzungen so gelegt, dass am gleichen Datum eine Gemeinderatssitzung stattfindet. Wir tagen von 16 bis 18 Uhr. Im Juni wäre die Idee, dass wir ein bisschen zuschauen würden, wie es bei Ihnen läuft. Sepp hatte zwar das Gefühl, es habe ein bisschen lange gedauert. Ich weiss nicht, ob ich Sepp noch einmal dazu bringe, aber die Idee wäre es ganz klar. Auch dass wir euch einladen dürften oder dass wir von

allen Parteien einmal jemanden einladen dürften. Das ist auch Sinn und Zweck dieses Kinderrats, die Rekrutierung von Nachwuchs.

Der Ratspräsident: Herzlichen Dank, dass ihr hierher gekommen seid. Es war sehr spontan, daher musste ich mich bei der Stadträtin entschuldigen, dass ich nicht den Dienstweg eingehalten habe. Aber ich dachte, die Sitzung heute ist so kurz, dass wir dieses Intermezzo uns gern erlauben möchten. Besten Dank und eine gute Heimkehr allerseits.

- - -

Schluss der Sitzung: 19.25 Uhr

* * *